



Rat sagt Nein Acht Windräder sollen für den Windpark Primsbogen rund um den Litermont (Foto: Schedler/Queißer) errichtet werden. Nach dem Gemeinderat von Nalbach hat sich nun auch der Rat in Beckingen gegen das Vorhaben ausgesprochen.

Klares Votum gegen Windpark am Litermont

Beckinger Gemeinderat stimmt gegen das heiß diskutierte Projekt – Position orientiert sich am Bürgerwillen

Von SZ-Redakteur
Christian Beckinger

Der Gemeinderat von Beckingen stellt sich gegen den umstrittenen Windpark Primsbogen, der rund um den Litermont geplant ist (siehe Infokasten). In seiner Sitzung am Montagabend lehnte der Rat mit überwältigender Mehrheit das Einvernehmen, also die Zustimmung, zu dem Genehmigungs-Antrag der Windpark-Investoren beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) ab. Zudem sprach sich der Rat dagegen aus, dass die Gemeinde einen Nutzungsvertrag mit dem Windpark-Betreiber, dem baden-württembergischen Energieversorger EnBW, abschließen soll. Auf der Basis dieses Vertrages sollte die Gemeinde für die beiden Windkraftanlagen, die auf ihrem Territorium errichtet werden sollen, Pachtzahlungen erhalten – nach Informationen unserer Zeitung soll es dabei um 80 000 Euro im Jahr gehen.

Gegen den Windpark hatte sich nach Bekanntwerden der konkreten Ausgestaltungspläne massiver Widerstand in der Bevölkerung geregigt, es hat sich rund um die betroffenen Ortschaften eine Bürgerinitiative gegründet. Wegen der öffentlichen Resonanz auf dieses Thema fand die Ratssitzung am Montagabend in der Deutschherrenhalle statt, gut 200 Zuhörer verfolgten die Debatte. Die verlief wenig kontrovers: Gleich zu Sitzungsbeginn stellte Bürgermeister Erhard Seger (CDU) klar, dass die Ratsfraktionen signalisiert hätten, dass es heute weder eine Zustimmung zum Genehmigungs-Antrag beim LUA noch zum Nutzungsvertrag geben werde. „Es wird heute keine Überraschungen geben“, betonte Seger. Er ver-

wies noch darauf, dass EnBW am 4. Juli ein überarbeitetes Konzept für den Windpark vorgelegt habe, in dem die Nabenhöhe der Anlagen auf Beckinger Gebiet auf 134 Meter und somit die Gesamthöhe auf 200 Meter begrenzt werde.

Doch auch dieses vermeintliche Entgegenkommen vermochte die Ablehnung im Rat nicht aufzuweichen. Die drei Fraktionen von CDU, SPD und Linkspartei hatten sich im Vorfeld der Sitzung auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, die von den jeweiligen Fraktionssprechern in mehreren Blöcken vorgetragen wurde.



„Das Wohl der Bürger muss im Vordergrund stehen.“

Frank Finkler, CDU

Für die CDU-Fraktion betonte deren Vorsitzender Frank Finkler vorab, dass die Ratsmitglieder durch ein ablehnendes Votum zum Windpark an diesem Tag keine Regressansprüche seitens der Windpark-Investoren zu erwarten hätten.

Dies habe die Kommunalaufsicht seiner Fraktion nochmals bestätigt.



„Wir lehnen Wald-Standorte grundsätzlich ab.“

Dagmar Enschedel, Linke

„Das Wohl der Bürger muss im Vordergrund stehen“, sagte Finkler und erläuterte zwei wesentliche Faktoren für die Ablehnung des Genehmigungs-Antrages: So stelle die vorgesehene Gesamthöhe der acht Windräder von 230 Metern eine „erhebliche Belastung“ für Mensch, Tiere und Umwelt dar.

Die Ratsfraktionen hegen zudem starke Zweifel an dem Schallgutachten, das Bestandteil des Genehmigungsantrages ist. Diese Schall-Untersuchungen „lassen nicht ausreichend erkennen, wie die besondere Höhe der Windkraftanlagen und die sich daraus ergebende fehlende Abschirmung durch Bäume, Gebäude und Ähnliches in die Wohnbe-

STICHWORT

Der Windpark Primsbogen umfasst insgesamt acht Windkraft-Anlagen vom Typ Nordex N-131 mit einer Nennleistung von jeweils 3300 Kilowatt. Die Windräder sollen eine Nabenhöhe von 164 Metern und einen Rotordurchmesser von 131 Metern haben. Ihre Gesamthöhe läge demnach bei knapp 240 Metern, sie würden damit zu den größten Windkraft-Anlagen zählen, die zurzeit in Deutschland errichtet werden. Die Baukosten werden auf etwa 3,5 Millionen Euro je Windrad beziffert. Die acht Anlagen verteilen sich auf drei Flächen in Vorranggebieten der Gemeinden Schmelz (drei Windräder), Nalbach (ebenfalls drei Windräder) und Beckingen (zwei Windräder).

Die beiden Anlagen auf Beckinger Areal befinden sich laut Plan auf Waldstandorten in der Nähe von Düppenweiler. In der Bevölkerung war nach Informations-Veranstaltungen gegen den Windpark im April massiver Widerstand gegen das Vorhaben laut geworden. Kritiker lehnen das Vorhaben unter anderem wegen der Dimensionen der Windräder und den befürchteten negativen Auswirkungen hinsichtlich Lärmbelastung sowie des Eingriffs in die Naturlandschaft rund um den Litermont ab. *cbe*

bauung hineinwirkt“, erklärte Finkler. Elmar Seiwert (Linke) führte weiter aus, dass die Errichtung solcher hoher Windräder die touristischen Nutzungsmöglichkeiten rund um den Litermont erheblich einschränke und insbesondere die Naherholungs-Funktion dieses Waldgebietes dadurch stark beeinträchtigt werde.

Auch die Auswirkungen auf die Flora und Fauna am vorgesehene Standort seien beträchtlich. So könnten Lebensräume des geschützten Rotmilans sowie der ebenfalls geschützten Wildkatze verloren gehen.



Auf dem Litermont bei Düppenweiler sollten für den Windpark Primsbogen zwei Windräder mit knapp 240 Metern Gesamthöhe in einem Waldgebiet errichtet werden. Der Gemeinderat von Beckingen hat sich jetzt gegen diese Planungen ausgesprochen. SYMBOLFOTO: SEEGER/DPA

Für die SPD-Fraktion erläuterte Josef Bernardi einen weiteren Ablehnungsgrund: Nach den Plänen der Investoren solle die gesamte Zuwegung zu den acht Windrad-Standorten während der Bauphase über Düppenweiler erfolgen. „Eine alternative Zuwegungs-Planung wurde uns bislang nicht vorgelegt.“ Sowohl die Frage der Zuwegung als auch die bauliche Planung für die noch zu errichtende Stromtrasse, über die der vom Windpark erzeugte Strom später ins Netz gespeist werden soll, seien nicht Bestandteil des jetzigen Genehmigungs-

antrages. Das sei für die Fraktionen im Rat nicht annehmbar, betonte Bernardi. Zusammenfassend lasse sich nach Ansicht aller Fraktionen sagen, dass die beantragte Betriebsgenehmigung „mit erheblichen Planungsinteressen der Gemeinde und den von der Gemeinde zu wahren Interessen der Wohnbevölkerung besonders im Ortsteil Düppenweiler“ kollidiere, sagte Bernardi. Darum werde der Rat das Einvernehmen mit dem Genehmigungsantrag nicht herstellen. Dies bestätigte die anschließende Abstimmung: Lediglich

BI kritisiert Planung des Windparks als „dilettantisch“

Beckingen. Während der Ratssitzung ergriff Werner Kockler, Vorsitzender des Trägervereins Kupferbergwerk Düppenweiler und früherer Direktor des Merziger Amtsgerichtes, im Namen der Bürgerinitiative gegen den Windpark Primsbogen das Wort.

Er kritisierte die „dilettantische Planung“ der Windpark-Betreiber, die bis zuletzt falsche Informationen verbreitet hätten. Das Vorgehen von EnBW sei nicht hinnehmbar: „Man muss klare Verhältnisse schaffen von Anfang an“, sagte Kockler. Die Windpark-Investoren indes wollten zunächst die Zustimmung der Gemeinde zu ihrem Genehmigungs-Antrag und zum Nutzungsvertrag sehen und dann erst mit den konkreten Planungen herausrücken. Das sei nicht in Ordnung. Der Windpark stehe bezüglich seiner negativen Auswirkungen in keinem Verhältnis zu dem vermeintlichen Nutzen, den er der Gemeinde bringe. „Wir haben hier ein ganz windschwaches Vorranggebiet, die Effizienz der dort geplanten Anlagen dürfte deutlich unter dem Durchschnittswert liegen.“

Nach dem ablehnenden Votum des Rates erklärte Kockler: „Ich zolle dem Rat Respekt, dass er diese wohlüberlegte Entscheidung getroffen hat.“ Ähnlich äußerte sich die BI auf ihrer Facebook-Seite: „Parteiübergreifend liegt den Politikern der Gemeinde Beckingen das Wohl Ihrer Bürger und die Umwelt am Herzen.“ Dafür sei den Gemeinderäten ausdrücklich zu danken. *cbe*

ein Ratsmitglied stimmte für die Herstellung des Einvernehmens, ein weiteres enthielt sich, alle übrigen Gemeinderäte votierten mit nein. Allerdings kann trotz der Ablehnung des Rates nun das LUA als Genehmigungsbehörde das Einvernehmen ersatzweise herstellen, wenn aus seiner Sicht alle planungsrechtlichen Vorgaben durch die beantragte Genehmigung eingehalten werden.

Von Seiten der Windkraft-Investoren ging auf eine Anfrage unserer Zeitung hin bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine Stellungnahme ein.

MEINUNG

Noch nicht ad acta gelegt

Von SZ-Redakteur
Christian Beckinger

Der Beifall, der am Montag nach dem Nein des Beckinger Gemeinderates zum Windpark Primsbogen durch die Deutschherrenhalle brandete, könnte verfrüht gewesen sein. Denn die Beckinger Ratsmitglieder haben, ebenso wie ihre Kollegen in Nalbach am 30. Juni, mit ihrem ablehnenden Votum lediglich eines klargestellt: Es werden keine Windräder auf gemeindeeigenen Flächen errichtet. Doch den Windpark als Ganzes verhindert haben die Räte damit keineswegs. Das LUA kann das Projekt trotz Ablehnung der Gemeinde immer noch genehmigen. Und die Betreiber können sich andere Standorte in Privatbesitz suchen. Das umstrittene Vorhaben ist noch nicht ad acta gelegt.

PRODUKTION DIESER SEITE:
CHRISTIAN BECKINGER, MCG,
EDMUND SELZER

Aktuell ist klar: auf Gemeindegebiet keine Windräder für Primsbogen

Ratsfraktionen kritisieren, dass erst im Juni das Vertragswerk, das nun zur Beratung stand, vorgelegt worden sei

Quer durch die im Beckinger Gemeinderat vertretenen Fraktionen steht die kritische Haltung zum geplanten Windpark Primsbogen. Einzig die Linke hatte sich als Fraktion von diesem Projekt von Planungsbeginn an distanziert.

Von SZ-Redakteur
Christian Beckinger

Beckingen. Auch der vorgesehene Nutzungsvertrag zwischen dem Windpark-Betreiber EnBW und der Gemeinde Beckingen fand nicht die Zustimmung des Rates. CDU-Fraktionschef Frank Finkler nannte mehrere Gründe, die aus Sicht seiner Fraktion gegen das Vertragswerk sprechen. So sei darin das so genannte Repowering, also der Ersatz bestehender Anlagen durch andere, eventuell noch höhere, nicht ausgeschlossen, sondern ohne vorherige Zustimmung durch die Gemeinde möglich. Mit der Zustimmung zum Nutzungsvertrag gehe die automatische Zustimmung zum geplanten Bau von weiteren Windrädern auf dem Territorium der angrenzenden Gemeinden Nalbach und Schmelz einher. „Das würde bedeuten, dass die

Gemeinde auf ihr Einspruchsrecht zu Nachbaranlagen schon automatisch und vorab verzichtet“, sagte Finkler. Die Verpflichtung, sämtliche Zuwege und Kranstellflächen im Windpark zu unterhalten, verbliebe nach dem Vertragsentwurf auf Dauer bei der Gemeinde, nicht beim Betreiber. Zudem sehe der Vertrag eine Laufzeit von 25 Jahren vor, die Option, ihn einmalig um fünf Jahre zu verlängern, sei ausschließlich dem Betreiber vorbehalten. Und: Der Windpark-Betreiber EnBW besitze ein außerordentliches Kündigungsrecht für den Fall, dass die Wirtschaftlichkeit der vorgesehenen Windkraftanlagen nicht mehr gewährleistet ist. Dabei würden sowohl EnBW als auch Gemeinde auf etwaige Ansprüche gleich aus welchem Grund verzichten. „Was ist dann mit den Kosten zum Rückbau der Anlagen?“, fragte Finkler.

Für die SPD kritisierte Josef Bernardi, dass den Fraktionen erst im Juni das Vertragswerk, das heute zur Beratung stehe, vorgelegt worden sei. „Die Inhalte wurden seitens des Bürgermeisters in keiner Sitzung eines Ausschusses oder des Gemeinde-

rates auf die Tagesordnung gesetzt.“ Ein erster Vorentwurf, der im April vorgelegt worden war, sei „sehr lückenhaft“ gewesen.

Auch das überarbeitete Vertragswerk enthalte noch etliche kritische Punkte. So bleibe unklar, wie die Zuwegungsfrage während der Bauphase geregelt werden soll. Der Vertrag enthalte zudem einen „Freibrief für die Errichtung von Funkantennen“, was die SPD kritisch sehe. Auch gebe es eine Regelung, die dem Betreiber unter Umständen Zugriff auf weitere Waldflächen während der Laufzeit des Vertrages gestatte, ohne dass dies von der Gemeinde nochmals eigen genehmigt werden müsste. Für Bernardi war klar: „Der heute zur Entscheidung stehende Vertrag wirft so viele Fragen auf, dass eine Zustimmung unmöglich ist.“ Zwar bekenne sich die SPD zum Aus-

bau regenerativer Energien in der Gemeinde. Allerdings sei dafür ein neuer Planungsprozess erforderlich, „der transparent und für jedermann nachvollziehbar“ abläuft. Auch Gemeinderäte und interessierte Öffentlichkeit müssten in die Planungen mit einbezogen werden, sagte Bernardi.



„Der Vertrag wirft so viele Fragen auf, dass eine Zustimmung unmöglich ist.“

Josef Bernardi, SPD

Dagmar Enschedel (Linke) betonte, sie sehe keine Möglichkeit, den Windpark an diesem Standort, einer Waldfläche, zu erschließen, „da nur dieser Standort ausgewiesen wurde und wir Waldstandorte grundsätzlich ablehnen“. Darum habe sich die Linke als einzige Fraktion vom Windpark von Beginn der Planung an distanziert. Ebenso kategorisch beharren die Linken nach ihren Worten auf die Einhaltung der so genannten 10H-Regelung,

wonach der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu bebauten Wohnlagen dem Zehnfachen der Anlagengesamthöhe entsprechen müsse – im Falle der am Litermont vorgesehenen Windräder wären das fast 2400 Meter.

Bei der Abstimmung über den Nutzungsvertrag gab es nur eine Enthaltung, alle übrigen Ratsmitglieder lehnten das Vertragswerk ab. Somit steht aktuell fest, dass auf Flächen im Besitz der Gemeinde keine Windräder für den Windpark Primsbogen errichtet werden. Allerdings befinden sich innerhalb des ausgewiesenen Vorranggebietes für Windenergie noch Flächen in Privatbesitz, auf denen grundsätzlich der Bau einer Windkraftanlage möglich wäre.

Bürgermeister Erhard Seger betonte, es sei im Planungsverfahren „seitens der Verwaltung und des Bürgermeisters nichts geheim gehalten worden“. Er sichere dem Gemeinderat, der Bürgerinitiative und der Öffentlichkeit zu, dass alles, was in Zukunft in Sachen Windpark noch an Anträgen und Entscheidungen auf die Gemeinde zukomme, offen kommuniziert werde.